

Bundeskanzler Helmut Kohl:

In Rio de Janeiro geht es auch um unsere eigenen vitalen Interessen

Um eine Weichenstellung im Interesse der gesamten Menschheit geht es nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der UN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ vom 3. bis zum 13. Juni 1992 in Rio de Janeiro.

In seiner Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 20. Mai in Berlin warnte deshalb der Kanzler die westlichen Industriestaaten vor der Versuchung, sich angesichts ihrer enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen nur noch mit den Problemen des eigenen Landes zu beschäftigen.

Unser Bewußtsein müsse dafür geschärft sein, daß das Thema „Umwelt und Entwicklung“ nicht nur die Dritte Welt, sondern auch unsere eigenen vitalen Interessen betrifft:

● Die Gefahr weltweiter Klimaveränderungen rührt auch an unseren Lebensnerv;

● seit langem erleben wir auch im eigenen Lande, daß Not und Elend in der Dritten Welt unzählige Menschen dazu veranlaßt, ihre Heimat zu verlassen.

Wir müssen, so Helmut Kohl, sowohl den Standort Deutschland sichern als auch unseren Beitrag leisten zu einer Weltfriedensordnung, die allen Menschen eine gute Zukunft sichert.

(Der Wortlaut der Regierungserklärung im grünen Teil der nächsten Ausgabe)

HEUTE AKTUELL

● Finanzen

Generalsekretär Peter Hintze: SPD-Vorschläge kein Beitrag zur notwendigen Ausgabenbegrenzung. Seite 7

● Europa

10-Punkte-Programm zur Inneren Sicherheit in Europa. Seite 19

● Beschäftigung

Junger Mittelstand in den neuen Ländern schafft Arbeitsplätze. Seite 21

● Bremen

Landesparteitag in Bremerhaven: Die Aufbruchstimmung hält an. Seite 25

● Dokumentation

Schutz des ungeborenen Lebens. Bericht über die unterschiedlichen Positionen. Grüner Teil

● 2. Umwelt-Forum

Auf dem Weg zu einer weltweiten Umweltpartnerschaft. UiD extra

„Orientierung für Deutschland“

Bundesvorstand beschließt politischen Fahrplan

Auf seiner Sitzung am 18. Mai im Konrad-Adenauer-Haus hat der Bundesvorstand folgenden politischen Fahrplan beschlossen:

Der Bundesausschuß am 15. Juni wird unter dem Thema „Orientierung für Deutschland“ in Bonn stattfinden und die gegenwärtige politische Lage, insbesondere im Blick auf die Vollendung der inneren Einheit in Deutschland, behandeln. Auf diesem Bundesausschuß wird auch die in der Satzung vorgesehene interimistische Wahl des Generalsekretärs der CDU stattfinden.

Am 29. Juni findet eine Sondersitzung des Bundesvorstandes statt, am 30. Juni eine Sitzung der Bundestagsfraktion und am 1. Juli eine Kabinettsitzung. Themenschwerpunkte dieser Sitzungsreihe, insbesondere des Bundesvorstandes, werden die Hilfe für die neuen Länder und die Perspektiven der Finanzplanung sein.

Am 3./4. September wird der Bundesvorstand zu einer Klausurtagung zusammenkommen, um den Bundesparteitag vorzubereiten, der am 25. bis 28. Oktober in Düsseldorf stattfindet.

Der Bundesvorstand hat eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der bildungspolitischen Diskussion eingesetzt, deren Vorsitz der hessische Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des CDU-Landesverbandes, Manfred Kanther, übernimmt. Zu den politischen Themen, die im Vorstand behandelt wurden, gehört das Thema „Pfleger“. Die CDU will eine Regelung, die die alten Menschen von Anfang an mit einbezieht, die sozialverträgliche Beiträge und einen solidarischen Ausgleich der damit verbundenen

finanziellen Belastungen vorsieht. Beim Thema „Asyl“ war sich der Bundesvorstand einig, daß man sehr schnell zu einer Lösung kommen müsse. Mit um so größerer Sorge beobachtet die CDU, daß die SPD ihre Position in dieser Frage ständig verändert, wenn man z. B. an die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden und danach an die Beschlußfassung im Parteirat denkt. Der Bundesvorstand hofft aber, daß es bei dem vorgesehenen Parteien-Gespräch zu Ergebnissen kommen wird.

In der Finanzpolitik unterstützt der Bundesvorstand Theo Waigel in seinem Bemühen, auf der Grundlage der von ihm vorgelegten Eckwerte und auf der Grundlage des Beschlusses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die notwendigen Schritte vorzunehmen. Die Ausgestaltung der mittelfristigen Finanzpolitik wird dann Ende Juni Gegenstand der Beratung im Bundesvorstand, in der Fraktion und im Kabinett sein.

Der Bundesvorsitzende hat noch einmal klargestellt, und der Bundesvorstand ist ihm darin gefolgt, daß eine große Koalition im Bund nicht in Frage kommt. Sie wäre aus zwei Gründen ein massiver Fehler. Die Aufgaben, die jetzt politisch anstehen, können von der vorhandenen Koalition besser gemeistert werden als von jeder anderen. Zum zweiten wäre eine große Koalition im Bund Nährboden für rechtsradikale Kräfte, für deren Agitation und Propaganda, und würde ihnen weiteren Auftrieb geben. Die politische Mehrheit im Bundestag ist eindeutig. Es gibt keine Koalition gegen die CDU/CSU. Die Koalition mit der FDP wird fortgesetzt.

Bundesministerin Angela Merkel:

Auf dem Weg zu einer weltweiten Umweltpartnerschaft

Weltweite Klimaveränderungen und Umweltzerstörungen sowie eine sich ständig weiter öffnende Schere zwischen den reichen und armen Regionen der Welt haben sich zu einer globalen Bedrohung mit umwälzenden Auswirkungen auf das Leben aller Menschen dieser Erde entwickelt. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer stehen gemeinsam vor einer der größten, vielleicht sogar der größten Herausforderung, der sich die Menschheit je gegenüber sah.

Wenn in 14 Tagen über 170 Regierungs- und Staatschefs zur bislang größten Umweltkonferenz zusammentreten, dann ist dies auch Ausdruck der Erkenntnis, daß die Zeit nationaler Alleingänge endgültig vorbei ist. Globale Probleme lassen sich nur in globaler Kooperation lösen. Industrie- und Entwicklungsländer sitzen gemeinsam in einem Boot. Wenn ein Schiff sinkt, ist es unwesentlich, wer auf den besseren Plätzen gesessen hat.

Wir wissen heute: Umweltbelastungen sind durch nationale Grenzen nicht aufzuhalten. Die Einführung der hohen Umweltstandards der alten Bundesrepublik in den neuen Ländern hilft den Wäldern des Erzgebirges solange nicht, wie die Emissionen der Stahl- und Kohlekraftwerke Böhmens ungefiltert in die Luft geblasen werden. Chinas Kohlekraftwerke stoßen mehr Schadstoffe aus als alle Anlagen in Osteuropa zusammen. Sie belasten das gesamte Weltklima.

Wenn wir nicht bereit sind, unser Know-how in Umwelttechnologien zum Beispiel in der ČSFR oder in China zur Verfügung zu stellen, dann bleiben unsere nationalen Erfolge bei der Verringerung des CO₂-Ausstoßes bloße Pyrrhus-Siege. Die Zeit einer umweltpolitischen „splendid isolation“ ist unwiederbringlich vorbei. Es gibt keine nationalen Inseln einer heilen Umwelt. Auf der Konferenz von

Aus der Eröffnungsrede der stellvertretenden Vorsitzenden, Bundesministerin Angela Merkel, auf dem 2. Umweltforum der CDU „Zwei Wochen vor Rio“ am 15. Mai im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn (siehe auch UiD extra)

Rio de Janeiro muß deshalb der Einstieg in eine gemeinsame Umweltaußenpolitik aller Staaten dieser Erde gelingen.

Die weltweite Umweltkrise ist zugleich eine Entwicklungskrise in allen Ländern der Welt; sie ist Folge einer Lebens- und Wirtschaftsweise gegen die Natur.

Die Industriestaaten stehen heute vor der Aufgabe, die ökologische Umstrukturierung ihrer Gesellschaften voranzubringen. Wir sind technologisch in der Lage, modernste Produktionsmethoden mit

einem Minimum an Ressourcenverbrauch zu entwickeln. Wir müssen allerdings auch bereit sein, den Preis dafür zu bezahlen.

Diese Einsicht ist nicht neu. Die CDU hat bereits 1978 in ihrem Grundsatzprogramm geschrieben: „Wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.“ Dieser Satz hat in den zurückliegenden 14 Jahren an Aktualität nichts eingebüßt. Ich setze mich dafür ein, daß bei der jetzt eingeleiteten Überarbeitung des Grundsatzprogramms dieser Satz einen zentralen Stellenwert erhält.

Dabei muß ein Wort allerdings geändert werden: Damals hatte man noch sehr vorsichtig formuliert, auf umweltbelastendes Wirtschaftswachstum müsse „notfalls“ verzichtet werden.

Die Dramatik der Entwicklung hat uns inzwischen eines Besseren belehrt: Verzicht ist notwendig, nicht „notfalls“, sondern unbedingt.

Es ist nicht länger hinnehmbar, daß die entwickelten Länder ihren Reichtum durch Produktionsmethoden erwirtschaften, deren Auswirkungen auf die Umwelt die Armut der Entwicklungsländer noch vergrößert. Die Tatsache, daß 20 Prozent der Menschen dieser Erde 80 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs für sich allein in Anspruch nehmen, drängt uns heute, in Kenntnis der ökologischen Zusammenhänge, auch unter moralischem Aspekt zum Umdenken.

Den Menschen in den Entwicklungsländern Energiesparen abzuverlangen ohne bei uns beispielhaft voranzugehen, wäre zynisch. Forderungen und Erwartungen an andere werden um so glaubhafter, je klarer das eigene Handeln ist. Wir wer-

den andere Länder von der Notwendigkeit eines geänderten Verhaltens nur überzeugen können, wenn wir zuvor selbst konsequent anders handeln.

In dieser Perspektive sollte auch unsere Einstellung zur Kernenergie bedacht werden. Der Einsatz von Kernenergie leistet einen Beitrag zur Minderung der Kohlendioxid-Emissionen. Die Kernenergie kann zwar nicht die alleinige Lösung des Klimaproblems sein. Es gibt jedoch keine Lösung ohne Kernenergie, solange eine umweltverträgliche Alternative nicht verfügbar ist. Ich komme aus dem Bundesland, in dem die Kraftwerkblöcke von Greifswald stehen.

Die kontrollierte Endlagerung von Atommüll und Atomkraftanlagen, zu der wir technisch in der Lage sind, ziehe ich allemal einer unkontrollierten Deponierung von Kohlendioxid in der Atmosphäre vor.

Der Zusammenhang zwischen Umweltkrise und Entwicklungskrise ist in den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“ offenkundig. Unangepasste Landnutzung und Brandrodung zerstören dort die Existenzgrundlage der Bevölkerung. Die industrielle Entwicklung wird weitgehend ohne Rücksicht auf ökologische Erfordernisse betrieben. Die Verseuchung von Luft, Wasser und Boden wird in Kauf genommen, weil man dem Teufelskreis aus Armut, Überbevölkerung und Umweltzerstörung nicht anders entkommen zu können glaubt.

Die Konferenz von Rio muß deshalb nicht nur den Einstieg in eine globale Umweltpartnerschaft, sondern auch in eine weltweite Entwicklungspartnerschaft leisten. Die weniger entwickelten Länder müssen von dem ökonomischen Zwang befreit werden, der zu einem Handeln gegen die Natur und gegen ihre eigenen langfristigen Interessen führt.

In den Entwicklungsländern ist die Armut der größte Feind der Umwelt. Deshalb kann Umwelterhaltung auch dort nur mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen verknüpft sein.

Doch wie kann der Teufelskreis durchbrochen werden? Wie können die Industrienationen den Entwicklungsländern beim Aufbau einer freiheitlichen Grundordnung in Staat und Gesellschaft helfen, die letztlich die Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist?

Die Bundesregierung hat als eine der ersten Regierungen die Armutsbekämpfung und den Umweltschutz zu Schwerpunkten der Entwicklungspolitik gemacht.

Doch reichen diese Maßnahmen aus? Müssen wir uns nicht noch stärker dafür einsetzen, daß die Entwicklungsländer auch einen größeren Zugang zu unseren Märkten erhalten? Die sogenannten Entwicklungsländer sind keine Betreuungsobjekte. Sie werden sich nur dann wirklich entwickeln können, wenn sie Partner in der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft sind.

Welchen Sinn macht es denn, wenn die Entwicklungsländer durch den Protektionismus der Industriestaaten einen Verlust erleiden, der doppelt so hoch ist wie die Summe der Entwicklungshilfe, die weltweit zur Verfügung gestellt wird? Ein Erfolg der GATT-Verhandlungen ist für die Entwicklungsländer deshalb wichtiger als alle finanzielle Entwicklungshilfe. Nur wenn sie eigenständig Devisen erwirtschaften können, werden sie auch in der Lage sein, jene ökologischen Todsünden zu vermeiden, die sie heute noch aus ökonomischen Zwängen begehen.

Ohne eine wirkliche weltwirtschaftliche Partnerschaft kann eine

Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft keine Glaubwürdigkeit erlangen.

14 Tage vor Rio sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, daß 14 Tage nach Rio alle wesentlichen Probleme gelöst seien. Die Konferenz von Rio darf nicht durch unerfüllbare Hoffnungen zum Scheitern vorverurteilt werden. Die Schwierigkeiten, zu einer Verständigung zu kommen, dürfen aber auch nicht dazu führen, für richtig erkannte Ziele resigniert aufzugeben.

Zur Verwirklichung einer globalen Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft gibt es keine Alternative, es sei denn, wir wollten unseren Kindern einen ausgeplünderten Planeten hinterlassen. Wir müssen begreifen lernen, daß die Probleme der Brandrodung in Lateinamerika und der Unterernährung in Afrika Probleme der einen Welt sind. Umweltschutz und Entwicklung sind zentrale Elemente einer neuen Weltinnenpolitik.

Das Überleben von Millionen Menschen sicherzustellen, wird nicht ohne Opfer der reichen Länder möglich sein. Dabei sollten wir uns deutlich vor Augen führen: Was wir heute an Hilfen und Maßnahmen in anderen Ländern versäumen, wird für uns morgen im eigenen Land zur Bedrohung.

Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Umweltkatastrophen, Hunger und Armut. Der jüngste Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen, der Anfang dieses Monats veröffentlicht wurde, spricht von einem „neuen Zeitalter der Völkerwanderungen“. Insgesamt steigende Asylbewerberzahlen in der Bundesrepublik Deutschland sind nur ein schwacher Reflex der tatsächlichen Dimension dieser globalen Entwicklung, aber wie viele innenpolitische Probleme sind damit bereits verbunden!

Wenn wir nicht bereit sind, durch eine globale Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft zur Stabilisierung der Krisenregionen der Erde beizutragen, werden diese Krisenregionen über kurz oder lang uns destabilisieren.

14 Tage vor Rio sollten wir uns nüchtern bewußt sein: Auf dem Weg zu einer globalen Umwelt- und Entwicklungspartnerschaft sind wir dem Start noch näher als dem Ziel. Und richtig ist sicherlich auch: Dieser Weg gleicht noch dem Schwimmen gegen den Strom. Doch hier wie dort gilt: Wer aufhört zu schwimmen, geht unter.

Die Konferenz von Rio de Janeiro wird dann zum Erfolg, wenn es gelingt, möglichst viele Partner für eine beharrliche und konsequente Politik der globalen Partnerschaft zu gewinnen. Wir haben doch im eigenen Land erlebt, welche Erfolge in der Umweltpolitik zu erreichen sind, wenn man Probleme nur intensiv genug anpackt und Lösungen stringent durchsetzt.

Als die Regierung Helmut Kohl vor 10 Jahren ins Amt kam, lag der umweltpolitische Standard der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich noch weit zurück. Autos mit gere-

geltem Drei-Wege-Katalysator, die in den USA und Japan längst auf dem Markt waren, gab es in Deutschland damals noch nicht.

Heute haben wir den Einstieg in den Ausstieg aus der FCKW-Produktion geschafft; vor 10 Jahren war dieses Thema politisch noch ohne jede Relevanz. Heute ist die Bundesrepublik zum Motor des Umweltschutzes in Europa geworden.

Sie wird gewiß ihre Erfahrungen und Hilfsmöglichkeiten dort einzubringen bereit sein, wo es darum geht, den globalen Umweltschutz voranzubringen. Dies jedenfalls ist die Zielsetzung, mit der der Bundeskanzler in die Verhandlungen von Rio gehen wird. Das von ihm initiierte Pilotprogramm zur Rettung des Tropenwaldes in Brasilien, für das die Bundesregierung 250 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat, zeigt, welchen Stellenwert wir dieser Problematik einräumen.

Manche Forderung, die auch auf diesem Kongreß formuliert werden wird, mag heute noch wie eine Utopie klingen. Aber die Utopie von heute muß die Realität von morgen werden.

Regenwald von Rio in 30 Jahren verschwunden?

Stündlich wird im brasilianischen Bundesstaat Rio de Janeiro Regenwald von der Fläche eines Fußballfeldes abgeholzt.

Sollte das Roden in diesem Tempo weitergehen, wäre innerhalb von 30 Jahren der tropische Baumbestand dort restlos vernichtet. Dies geht aus einem Report der Umweltschutzorganisation „SOS Mata Atlantica“ hervor, über den das britische Wissen-

schaftsmagazin „New Scientist“ (Nr. 1821) jetzt berichtet.

Zwischen 1985 und 1990 fielen insgesamt 30.000 Hektar Waldfläche der menschlichen Nutzung zum Opfer, erklärte die Organisation im Vorfeld des Anfang Juni in Rio stattfindenden Umweltgipfels. Verantwortlich dafür seien nicht nur Land- und illegale Holzwirtschaft, sondern auch Grundstücks-Spekulanten, die für das Abholzen des Küstenstreifens sorgten.

Generalsekretär Peter Hintze:

SPD-Vorschläge sind kein Beitrag zur notwendigen Ausgabenbegrenzung

Zu den von der SPD vorgelegten Finanzplänen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Es ist begrüßenswert, daß die SPD ihre finanzpolitischen Vorstellungen der Öffentlichkeit mitteilt. Vieles kann schneller bewältigt werden, wenn auch die SPD akzeptiert, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die vorrangige finanzpolitische Aufgabe ist, die von Bund, Ländern und Gemeinden getragen werden muß.

Die SPD ist jetzt gefragt, die Finanzen in den Ländern und Kommunen in Ordnung zu bringen, in denen sie Verantwortung trägt. Die SPD wird letztlich an ihren Einsparungstaten in ihrem Verant-

wortungsbereich gemessen werden, nicht an Steuererhöhungsplänen für den Bundeshaushalt. Die CDU erwartet daher, daß die SPD ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellt, indem sie entsprechende Sparprogramme in den von ihr geführten Bundesländern vorlegt und durchsetzt.

Es ist zu hoffen, daß die SPD dabei erfolgreicher ist als in der Vergangenheit. Tatsache ist, daß sich SPD-Regierungen mit dem Sparen immer sehr schwer getan haben. Dies zeigt auch das jetzt vorgelegte Finanzprogramm, das ganz überwiegend ein Steuer- und Abgabenerhöhungsprogramm ist. Ergänzungsabgabe, Arbeitsmarktabgabe und zusätzliche Zinsbesteuerungen sind kein Beitrag zu der notwendigen Ausgabenbegrenzung.

Bundes-Schüler-Union hat Leitantrag zur Gewalt an Schulen verabschiedet

Die Schüler Union Deutschlands (SU) will Schülerprobleme neu thematisieren. Der Anfang hierzu wurde mit der Verabschiedung eines Leitantrages zur „Gewalt an Schulen“ gemacht, der eine stärkere Auseinandersetzung der Öffentlichkeit mit dieser Thematik fordert.

Wie der neue Bundessprecher der Schüler Union, Marcus Ostermann, dazu mitteilt, sei die Zunahme von Gewaltdelikten wie Diebstahl, „Schutzgeldererpressung“ bis hin zu schweren Körperverletzungen bei

Jugendlichen erschreckend. Die Ursachen hierfür liegen nach Meinung der SU in der vorherrschenden Frustration von Schülern sowie einem rapiden Werteverfall. Arbeitslosigkeit, globale Umweltprobleme, Einsamkeit und Glaubwürdigkeitsverluste der Gesellschaft böten den Schülern kaum Perspektiven für die Zukunft, so Ostermann.

Daher forderte die SU bessere Informationen von Eltern und Schülern über die Gewalt an Schulen, um dieser zu begegnen.

Kommunen erhalten vollen Ausgleich über Senkung der Gewerbesteuerumlage

Zu den finanziellen Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1992 auf die kommunalen Haushalte erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Joachim Grünewald:

Mit dem im Vermittlungsausschuß ausgehandelten Kompromißpaket wurden folgende wesentliche Entlastungen der Betriebe ab 1. Januar 1993 im Steueränderungsgesetz beschlossen:

- Anhebung des Freibetrags bei der Gewerbesteuer von 36 000 auf 48 000 DM;
- Staffelung der Meßzahlen nach dem Gewerbeertrag oberhalb des Freibetrags für Personenunternehmen in fünf Schritten von 1 bis 5 v. H. je zusätzlich 24 000 DM Gewerbeertrag;
- Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung;
- Erhöhung des Freibetrags für Betriebsvermögen von 125 000 auf 500 000 DM;
- Verlängerung der Aussetzung der Gewerkekapi- und Vermögensteuer in den jungen Ländern bis Ende 1994;
- in den alten Ländern bleibt es derzeit bei der Gewerkekapi- und Vermögensteuer.

Mit den vorgenannten Maßnahmen wird als eine erste Stufe der Unternehmenssteuerreform eine spürbare Entlastung bei der ertragsunabhängigen Besteuerung der Unternehmen erreicht. Daneben sollen Einzelunternehmen und mittelständische Personengesellschaften durch die Anhebung des Freibetrags bei der Gewerbeertragssteuer sowie durch die Staffelung der Meßzahlen nach dem Gewerbeertrag oberhalb des Freibetrags entlastet werden.

Die Kommunen erhalten für die mit den Entlastungen für die Betriebe einhergehenden Einnahmeausfälle einen vollen Ausgleich über eine Senkung der Gewerbesteuerumlage sowie über Mehreinnahmen aus dem Abbau von Steuervergünstigungen.

Die Kommunen profitieren daneben von der grundlegenden Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes mit wesentlichen Verbesserungen für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das Gesetz bringt eine Reihe von zusätzlichen Fördertatbeständen (Verkehrsleitsysteme, Umsteigeparkplätze, Güterverkehrszentren, Beschleunigungsmaßnahmen für den ÖPNV). Für die jungen Länder gibt es Sonderregelungen (Modernisierung der Straßenbahnfahrzeuge, höhere Fördersätze). Der Bund stellt 1992 bis 1995 10,5 Milliarden DM zusätzliche Bundesmittel zugunsten der Gemeindeverkehrsfinanzierung zur Verfügung.

Insgesamt führen die steuerlichen und außersteuerlichen Maßnahmen des Steueränderungsgesetzes 1992 zu finanziellen Verbesserungen für die Gemeinden.

Außerdem sind die Gemeinden im Rahmen des Steuerverbundes nach derzeitigem Stand mit durchschnittlich 20 v. H. an dem höheren Umsatzsteueranteil der Länder in 1993 und 1994 mit insgesamt rund 1,7 Milliarden DM beteiligt.

Die bisherigen Erfahrungen haben auch gezeigt, daß sich die wachstums- und investitionsfreundliche Steuerpolitik der Bundesregierung auch günstig auf das Steueraufkommen der Kommunen auswirkt.

Steuerschätzung 1992 bis 1996:

Wachstum beste Einnahmequelle

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1992 bis 1996 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Der unabhängige Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat in Dresden die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 1992 bis 1996 geschätzt und damit zum ersten Mal in einem der jungen Bundesländer getagt.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind auch ein Beleg für eine anhaltend gute wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Für 1992 kann gegenüber der letzten Steuerschätzung vom November 1991 mit Einnahmeverbesserungen von 10,3 Milliarden DM für alle Ebenen — für den Bund: 5,1 Milliarden DM — gerechnet werden.

Für die Jahre ab 1993, die zuletzt im Mai 1991 geschätzt worden waren, sind die Einnahmeverbesserungen aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung noch ausgeprägter: Das kräftige Wirtschaftswachstum des vorigen Jahres, das bereits im Herbst zu einer deutlichen Anhebung der Steuereinnahmenschätzung geführt hatte, wurde jetzt erstmals für den mittelfristi-

gen Zeitraum berücksichtigt. Daraus resultieren für die Jahre ab 1993 jeweils etwa 18,4 bis 22,4 Milliarden DM zusätzlich für alle Gebietskörperschaften — für den Bund jährlich 7,1 bis 9,8 Milliarden DM.

Daran partizipieren auch die neuen Länder mit Verbesserungen zwischen 2,8 und 3,4 Milliarden DM. Dies festigt ihre finanzielle Situation über 1992 hinaus spürbar und dauerhaft.

Wiederum bestätigt sich die Grundauffassung unserer Finanz- und Steuerpolitik: Wachstum ist die beste Einnahmequelle.

In den vorgelegten Haushaltseckwerten für die Finanzplanung des Bundes bis 1996 ist ein großer Teil der Mehreinnahmen, die den Bund betreffen (im Nachtrag des Bundeshaushalts 1992: 3,5 Milliarden DM), bereits berücksichtigt worden. Das Ergebnis des „Arbeitskreises Steuerschätzungen“ verdeutlicht, daß die den Eckwerten zugrundeliegenden Einnahmeerwartungen solide abgesichert sind.

Diese Mehreinnahmen müssen von Bund und Ländern konsequent zum Defizitabbau verwendet werden.

SPD-Streit- und Neidkabinett

Zu dem vom 1. Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD, Peter Struck, vorgestellten Schattenkabinett erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Jürgen Rüttgers**:
Der Wähler bewahre uns 1994 vor einem solchen Bundeskabinett. Lafon-

taine kann nicht mit Klose, Klose nicht mit Däubler-Gmelin, Däubler-Gmelin nicht mit Engholm, Engholm nicht mit Schröder.

Der Gedanke an ein solches Streit- und Neidkabinett kann einem jeden Spaß an der Politik nehmen.

FDP soll Ansprüche auf Vermögen der Blockparteien aufgeben

Zu den Forderungen des Schatzmeisters der FDP, Hermann-Otto Solms, nach Rückgabe des ehemaligen Blockparteivermögens von LDPD und NDPD erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel:

Mit ihren Forderungen nach Rückgabe von Vermögenswerten der ehemaligen Blockparteien NDPD und LDPD in zweistelliger Millionenhöhe leistet die FDP keinen Beitrag zur Förderung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit aller demokratischen Parteien in Deutschland. Sie rückt sich vielmehr selbst in die Nähe der SED-Nachfolgerin PDS, die nach wie vor mit allen Mitteln versucht, das Unrechtsvermögen der SED in die Demokratie hinüberzuretten.

Entgegen der Behauptung der FDP-Spitze setzt die Übernahme aller fragli-

chen Liegenschaften in das Vermögen der FDP kein Zeichen für die Integration der Parteimitglieder aus den neuen Ländern. Die FDP leistet durch ihr Verhalten vielmehr einer weiteren Parteienverdrossenheit im vereinten Deutschland Vorschub. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Anspruch auf das Vermögen der ehemaligen Blockparteien auch juristisch auf äußerst wackeligen Füßen steht.

Ich fordere die FDP daher auf, sich der Union anzuschließen und auf sämtliche Vermögenswerte der ehemaligen Blockparteien LDPD und NDPD zu verzichten. Nur so kann das Geld denjenigen zukommen, die 40 Jahre unter der SED-Diktatur gelitten haben. Die Liberalen dürfen nicht verdrängen, daß die menschenverachtende Politik des SED-Regimes auch von den mit ihnen verschmolzenen Blockparteien vorbehaltlos mitgetragen worden ist.

Broschüren zur kommunalen Jugendarbeit

Speziell für die kommunale Jugendarbeit in den fünf neuen Bundesländern hat der christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. in Zusammenarbeit mit dem Büro für demokratische Jugendarbeit eine Broschüre veröffentlicht.

Sie richtet sich vor allem an diejenigen, die demokratische Jugendstrukturen in den neuen Bundesländern aufbauen wollen. Neben Tips und Hinweisen zum Aufbau von Jugendverbänden findet sich eine Mustersatzung für Jugendringe.

In einer weiteren Broschüre sind am

Beispiel Bernburg/Sachsen-Anhalt Richtlinien zur Förderung kommunaler Jugendarbeit abgedruckt. Diese Richtlinien sollen als Vorlage für Städte und Gemeinden dienen, die noch keine entsprechenden kommunalen Jugendpläne erarbeitet haben.

Beide Broschüren sind erhältlich bei:

**Frischluff e.V.,
Annaberger Str. 283,
W-5300 Bonn 2,
Telefon (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03**

Unser Bildungssystem auf seine Wettbewerbsfähigkeit hin überprüfen

Angesichts des Strukturwandels in unserer Gesellschaft und den Anforderungen an eine moderne Dienstleistungsgesellschaft muß unser Bildungssystem auf seine Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hin dringend überprüft werden. Dies ist insbesondere in bezug auf die Ausbildungszeiten, die Leistungsanforderungen und die Mitteleffizienz erforderlich.

Unser Bildungssystem muß auf einem humanen Leistungsprinzip und dem Prinzip der Chancengerechtigkeit aufbauen. Das humane Leistungsprinzip fordert, daß jeder die Leistung erbringen darf, die er erbringen kann, und daß er dafür die gebührende Anerkennung erhält. Noch bestehende institutionelle Hindernisse müssen abgebaut werden. Die Chancengerechtigkeit bedeutet Gleichheit der Start- und Förderchancen bei Berücksichtigung der Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Neigungen und Leistungen. Sie kann nur durch Differenzierung und Durchlässigkeit der Bildungs- und Ausbildungsstrukturen erreicht werden.

Insgesamt wird in der öffentlichen Diskussion über unser Bildungssystem die eigentliche Bedeutung von „Bildung“ oftmals unterschlagen, die ein menschliches Urbedürfnis ist, etwas zu lernen, sich zu bilden. Bildung hat einen Eigenwert für die Entfaltung der Person und liefert nicht nur die zur Erreichung beruflicher Qualifikationen erforderlichen Dokumente.

Im Vordergrund der Arbeit der Schule muß die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen stehen. Auch bei der Suche junger Menschen

nach Antwort auf religiöse und ethische Fragen muß die Schule Orientierung geben. Wir setzen uns daher nachdrücklich ein für den gesetzlich geschützten christlichen Religionsunterricht an unseren Schulen.

Die Entwicklung zur Informations- und Mediengesellschaft muß auch in den Inhalten schulischer Bildung ihren Niederschlag finden. Die Medien haben sich zu einem eigenen Kulturbereich entwickelt, der in hohem Maße die Lebenseinstellungen vieler Menschen beeinflusst. Unsere Wahrnehmungs-, Erfahrungs- und Erkenntnismöglichkeiten wandeln

Reinhard Göhner und Norbert Lammert zum Thema „Bildung und Kultur“ vor dem Hintergrund der Arbeit der Grundsatzprogramm-Kommission.

sich, die jüngeren Generationen gewinnen ihr erstes Bild der Welt nicht aus Büchern, sondern vom Bildschirm. Um mit den breitenwirksamen Medien und der Vielfalt an Informationen, Meinungen und Leitbildern umzugehen, brauchen Kinder und Jugendliche Instrumente. Wir treten daher für die Einführung des Faches Medienkunde an den Schulen ein.

Um den Schülern eine ihren Begabungen und Leistungen gerechte Ausbildung zu ermöglichen und den Bestand wie die Qualität der Schulformen zu sichern, muß neben der Schulwahl durch die

Eltern die Empfehlung der Schule für den Übergang zur weiterführenden Schule stärker berücksichtigt werden.

Damit wir auch im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben, setzen wir uns für die Kürzung eines Schuljahres an den Gymnasien ein.

Leistungsfähige Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind wichtige Grundlagen für die Zukunft von Staat und Gesellschaft sowie für den Industriestandort Deutschland. Wir brauchen eine Hochschullandschaft, die durch den Wettbewerb und die eigenständigen Profile der Hochschulen interessant und innovativ ist.

Freiraum erweitern

Die Autonomie von Wissenschaft und Forschung entspricht nicht nur unserem Wissenschaftsverständnis, sondern stärkt auch deren Leistungsfähigkeit. Wir setzen uns dafür ein, den Freiraum eigenständiger Gestaltung für die Hochschulen zu erweitern: er muß für die Gestaltung der Strukturen, die Zusammensetzung des Lehrkörpers und die effiziente Verwendung der zugewiesenen Mittel gelten. Gleichzeitig fordern wir eine Personalstrukturreform, die flexiblere Aufstiegsmöglichkeiten, eine leistungsgerechte Besoldungsstruktur für die an den Hochschulen Tätigen und einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Lehr- und Forschungsauftrag ermöglicht. Im Rahmen der Autonomie der Hochschulen sollte so u. a. die Verbeamtung der Hochschullehrer in Zukunft nur als Ausnahme vorgesehen werden.

Die starke Überlastung der Hochschulen durch den ungewöhnlichen Anstieg der Studentenzahlen gefährdet ihre Leistungsfähigkeit in Forschung und Lehre. Der Ausbau der Kapazitäten, vor allem an den Fachhochschulen, durch Länder

und Bund ist ein Mittel, um der Überlast zu begegnen. Wir befürworten eine verantwortliche Beteiligung der Hochschulen bei der Regelung des Zugangs von Studienbewerbern, die wir im Rahmen der Autonomie der Hochschulen einfordern. Durch die Straffung der Stofffülle, eine Reform der Studiengänge und Studienabschlüsse müssen die Studienzeiten stark verkürzt werden, um so auch im europäischen Vergleich standhalten zu können.

Gleichzeitig müssen für die Abiturienten überzeugende Alternativen zum Studium deutlich sein. Wir wollen die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit der akademischen Bildung durchsetzen. Das duale System der Berufsausbildung ist die Stärke unseres beruflichen Bildungssystems. Dennoch hat die Attraktivität der praktischen Berufsausbildung für junge Leute abgenommen. Es ist eine Aufgabe für die Tarifpartner, die Betriebe und die öffentlichen Verwaltungen, die Attraktivität wieder zu stärken. Auch die unersetzbaren handwerklichen und sozialen Berufe brauchen mehr Anerkennung und Aufmerksamkeit als bisher.

Begabtenförderung

Wir setzen dabei auf leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und Qualifizierung durch Fort- und Weiterbildung. Das Tarif- und Laufbahnrecht muß auf bessere berufliche Aufstiegs- und Einkommenschancen überprüft werden. Wir sind für ein System der beruflichen Begabtenförderung für junge Leute, die eine Berufsausbildung besonders erfolgreich abgeschlossen haben. Neue duale Ausbildungsformen im tertiären Bereich von Verwaltung und Dienstleistung sind zu entwickeln. Dementsprechend sind die Berufsakademien, Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien weiterzuentwickeln bzw. anzuerkennen. ▶

Daneben muß die Fort- und Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems werden. Die tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt bedingen steigende Qualifikationsanforderungen, so daß die Bedeutung der Weiter- und Fortbildung zunehmen wird. Weiterqualifizierungen sind ein wichtiges Feld, das auch in die Tarifverhandlungen einbezogen werden sollte. Ihre Finanzierung muß weitgehend durch privatwirtschaftliche Angebots- und Trägerstrukturen gesichert werden.

Zentrales Element von Bildung und Kultur ist die Vielfalt; sie wird durch den Föderalismus und die Kulturhoheit der Länder gestärkt. Der Schwerpunkt öffentlicher Kulturförderung liegt bei den Gemeinden und den Ländern. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands hat der Bund vor allem in den neuen Bundesländern die Aufgabe übernommen, die Belange der Kulturnation Deutschland wahrzunehmen. Das Engagement des Bundes in der Kulturförderung ist zu stärken, wo die Vertretung der Kulturnation Deutschland gefragt ist.

Zitat

Wolfgang Schäuble:

Das Elend bei den Sozialdemokraten ist ja, daß sie immer nur auf die Idee kommen, die Steuer weiter zu erhöhen. Die Union will dagegen die Erhöhungen so eng es geht begrenzen. Den Spielraum haben wir in dieser Legislaturperiode ausgeschöpft. Durch Ausgabenbegrenzung gilt es jetzt, die Haushalte zu sanieren, nicht durch Einnahmeerhöhungen, die am Ende zu volkswirtschaftlicher Lähmung führen. Engholms Vorschläge kommen deshalb einem Depressionsprogramm gleich.

Erster Umweltbericht des geeinten Deutschlands vorgelegt

Bundesumweltminister Klaus Töpfer hat den ersten Umweltbericht des geeinten Deutschlands veröffentlicht, der als Nationalbericht der Bundesrepublik für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Brasilien im Juni 1992 vorgelegt wird.

Der im Dezember vergangenen Jahres vom Kabinett verabschiedete Bericht beschreibt die Entwicklung der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland seit der letzten UN-Konferenz 1972 sowie die Grundlagen und Ziele der nationalen Umweltpolitik; zum ersten Mal wird damit ein Gesamtüberblick über die Umweltsituation im geeinten Deutschland gegeben.

An der Erarbeitung des Berichtes ist das von Bundeskanzler Helmut Kohl berufene „Nationale Komitee zur Vorbereitung der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung“ beteiligt worden.

Dem Komitee gehören 36 Persönlichkeiten aus den Bereichen Umwelt und Entwicklung, Wissenschaft und Forschung, Industrie und Handel, Gewerkschaften, Kirchen, Landwirtschaft, Frauen, Jugend sowie aus Bund, Ländern und Kommunen an.

Der unter dem Titel „Umweltschutz in Deutschland“ herausgegebene Bericht enthält zugleich auch die „Perspektiven einer weltweiten umweltverträglichen Entwicklung“.

Der Bericht kann kostenlos beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesumweltministeriums, Kennedyallee 5, 5300 Bonn 2, angefordert werden.

Aus der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz

Fachtagungen für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

Themen und Termine:

Kommunale Selbstverwaltung in Deutschland

Fachtagungsreihe für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kleinerer Städte und Gemeinden

● 25. 10. bis 28. 10. 1992 (VA-Nr. 272)
Zukunftsaufgaben für Planen und Bauen. Erfahrungen und Berichte aus der Praxis

● 16. 9. bis 18. 9. 1992 (VA-Nr. 234)
und 11. 11. bis 13. 11. 1992 (VA-Nr. 284)

Europa nach Maastricht. Der europäische Einigungsprozeß nach den Regierungskonferenzen

● 16. 9. bis 19. 9. 1992 (VA-Nr. 236)
Regierungspolitik in Bonn. Einblicke

● 27. 9. bis 29. 9. 1992 (VA-Nr. 247)
und 29. 11. bis 1. 12. 1992 (VA-Nr. 302)

Die Schöpfung wahren. Der Schutz von Natur und Umwelt als Zukunftsaufgabe in den neunziger Jahren

● 4. 10. bis 9. 10. 1992 (VA-Nr. 252)
und 1. 11. 6. 11. 1992 (VA-Nr. 278)

Die Parteien in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Programme, Aufgaben.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Eichholzer Foren

Termine und Themen:

● 1. 7. bis 3. 7. 1992 (VA-Nr. 200)
Denkmalpflege in Deutschland — Lehrstücke

● 15. 10. bis 16. 10. 1992 (VA-Nr. 260)
Nach Olympia. Vor Europa: Ist der Sport auf die Zukunft vorbereitet — organisatorisch, inhaltlich, strukturell?
3. Eichholzer Sportforum

● 28. 10. bis 29. 10. 1992 (VA-Nr. 273)
Cordoba als Modell? Das Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen in Europa

● 5. 11. bis 6. 11. 1992 (VA-Nr. 279)
Die europäische und globale Dimension der organisierten Kriminalität

Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft

● 20. 11. bis 21. 11. 1992 (VA-Nr. 294)
Lebenswelten im Umbruch, Herausforderung für Politik und Jugendverbände
Eichholzer Jugendforum

● 11. 12. bis 12. 12. 1992 (VA-Nr. 315)
„Wohlstandsverwahrlosung“. Wer schützt unsere Kinder?

Weitere Informationen/Anmeldung:
**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Alleinerziehende brauchen Hilfe

Anlässlich des Workshops „Hilfen für Alleinerziehende und einkommensschwache Familien“, einer gemeinsamen Veranstaltung des Bundesfachausschusses Frauenpolitik und der Frauen-Union der CDU am 13. Mai 1992, erklärten die Vorsitzenden, Rita Süßmuth und Maria Böhmer:

Die Zahl der Alleinerziehenden hat in den letzten Jahren ständig zugenommen, mittlerweile sind in den alten Bundesländern bereits 13,4 Prozent aller Familien mit minderjährigen Kindern Alleinerziehende, in den neuen Bundesländern sind es sogar ca. 20 Prozent. Sie sind keineswegs eine Randgruppe. Ein nicht unerheblicher Teil ist zu den einkommensschwachen Familien zu zählen, deren Einkommensniveau an der Armutsgrenze liegt. Vor allem in den neuen Bundeslän-

Probleme kumulieren

dern, in denen auch heute noch Familien auf zwei Einkommen angewiesen sind und die Kündigungsschutzregelungen für Alleinerziehende nicht mehr gelten, sind Hilfen zum Lebensunterhalt in vielen Fällen erforderlich.

Bei Alleinerziehenden und Familien mit geringem Einkommen kumulieren oft die Probleme: Mangel an bezahlbarem Wohnraum, hohe finanzielle Belastungen, fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen, Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Angesichts der wachsenden Probleme der Arbeitslosigkeit, vor allem in den neuen Bundesländern, ist davon auszugehen, daß die Zahl der Familien ansteigen wird, die dauerhaft Hilfen zum Lebensunterhalt benöti-

gen. Um zu verhindern, daß Alleinerziehende und Familien in Nöten nicht in soziale Randpositionen gedrängt werden, müssen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen ergriffen werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß im Rahmen des Familienlastenausgleichs ein dynamisiertes Kindergeld einkommensabhängig gezahlt wird. Auch wollen wir, daß bei der Besteuerung des Familieneinkommens die Zahl der Kinder berücksichtigt wird. Wir unterstützen die Einführung eines Familiensplittings. Familienför-

Wohnmodelle realisieren

dernde Maßnahmen sind bei der Wohnungsvergorgung wirkungsvoll einzusetzen; Wohnmodelle, die die Bedürfnisse von Eltern und Kindern einbeziehen, sind endlich zu realisieren. Mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Arbeitgeber sowie Betriebs- und Personalräte aufgefordert, für erwerbstätige Frauen und Männer, insbesondere für die Alleinerziehenden, familienfreundliche, flexible Arbeitszeiten anzubieten. Gerade für Alleinerziehende ist die Kinderbetreuung sicherzustellen, so daß nicht unnötigerweise eine Sozialhilfeabhängigkeit entsteht.

Personalien

Die Schüler Union Deutschlands (SU) hat ein neues Bundessprecherteam gewählt. Neuer Bundessprecher wurde der Lübecker **Markus Ostermann**, stellvertretende Bundessprecher wurden **Ulrich Deutschmann** (Großenseebach) und **Andreas Krauß** (O-6801 Kaulsdorf). Zu Beisitzern wurden **Kerstin Wetzel** aus Mainz sowie **Sven Müller** aus Nidda gewählt.

Ost-Gründungsboom hält an

In den neuen Bundesländern ist der Gründungsboom ungebrochen. In den vergangenen 15 Monaten stieg die Zahl der Mitglieder der Industrie- und Handelskammern im gewerblichen Bereich von 220.000 auf 370.000. Besonders hoch ist nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) die Zahl der Neugründungen im Dienstleistungsbereich. Allerdings liegt das Verhältnis von Existenzgründungen zu Geschäftsaufgaben bei zwei zu eins.

Ostdeutsche Elektroindustrie erholt sich

Bei der ostdeutschen Elektroindustrie zeichnet sich nach dem schweren Einbruch 1991 mit einem Produktionsrückgang auf zwei Fünftel nun eine Stabilisierung ab. Im ersten Quartal dieses Jahres gebe es eine deutliche Belebung der Auftragseingänge. Ausschlaggebend für den Aufwärtstrend sei, daß 90 Prozent der Betriebe mittlerweile westliche Partner gefunden hätten.

Kiechle sieht gute Chancen der ostdeutschen Landwirtschaft

Die in Ostdeutschland entstehende, vielseitig strukturierte Landwirtschaft hat nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle im Wettbewerb gute Chancen. Die Betriebe seien in der

Nachrichten aus den neuen Ländern

Regel größer als der Durchschnitt der Höfe in Westdeutschland und der übrigen Europäischen Gemeinschaft. Das Schwergewicht liege auch in den neuen Bundesländern auf einer selbstverantwortlichen Bewirtschaftung von Eigentums- und Pachtflächen durch landwirtschaftliche Unternehmer. Diese hafteten mit ihrem betrieblichen Vermögen und seien überwiegend selbst im Betrieb tätig.

Erfurter Chip-Fertigung soll erhalten bleiben

Nach fast einjährigem Tauziehen um die Erfurter Mikroelektronik scheint eine Lösung in Sicht. Mit 80 Prozent werden sich das Land Thüringen sowie mit 20 Prozent die kalifornische LSI Logic Corporation an dem Kerngeschäft der Mikroelektronik und Technologie GmbH (Erfurt) beteiligen. Dieses Verhandlungsergebnis mit der Treuhand muß noch vom Kabinett gebilligt werden.

Französische Hotelgruppe Accor engagiert sich in Ostdeutschland

Die Hotelgruppe Accor Deutschland AG (München) will in den neuen Bundesländern über einen längeren Zeit-

raum jährlich 150 bis 180 Millionen DM investieren. Dabei handelt es sich um die Hotels Bastei, Königsstein und Lilienstein in Dresden, das Congreß in Chemnitz, das Nawa in Dresden und das Interhotel in Potsdam. Investiert werden in diese sechs Häuser mit 1.800 Betten rund 120 Millionen DM. Beschäftigt sind knapp 1.000 Mitarbeiter.

Verbundnetz Gas AG investiert 140 Millionen DM in neue Leitungen

Die Verbundnetz Gas AG (VNG/Böhlitz-Ehrenberg) wird in diesem Jahr 140 Millionen DM in den Bau neuer Erdgasleitungen in Ostdeutschland investieren. Insgesamt sollen 100 Kilometer Pipeline in den neuen Bundesländern neu verlegt werden, teilte das Unternehmen mit.

Plauener Druckmaschinenhersteller auf Weltmarkt erfolgreich

Der sächsische Druckmaschinenhersteller MAN Plamag ist mit seinen Maschinen nach eigenen Angaben erfolgreich auf dem Weltmarkt. Die Rollenoffset-Druckmaschinen, die früher nur in den Ostblock geliefert wurden, würden in einer neuen Baureihe unter anderem nach Großbritannien, Thailand, Südkorea, Indonesien, Mexiko und Griechenland geliefert.

Minderheitenschutz in Ungarn

Ungarn ist das erste ehemalige Ostblockland, das in innerstaatliche Entschädigungsregelungen für rechtswidrige Konfiskation von Eigentum auch die Ungarndeutschen einbezieht, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden. Wenn aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage Ungarns die materiellen Möglichkeiten hierfür beschränkt sind, so kann diese symbolhafte Geste, auch den vertriebenen Ungarndeutschen ein Stück Gerechtigkeit für das erlittene Unrecht widerfahren zu lassen, jedoch nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Einbeziehung der vertriebenen Ungarndeutschen in das zweite ungarische Entschädigungsgesetz ist einer Initiative ungarndeutscher Abgeordneter im ungarischen Parlament zu verdanken, die jedoch von einer breiten Mehrheit des Parlaments mitgetragen wurde.

Ungarn möchte noch in diesem Jahr ein Minderheitengesetz verabschieden, dessen Regierungsentwurf derzeit noch intensiv zwischen dem „runden Tisch“ der in Ungarn lebenden Minderheiten und dem Regierungsamt für nationale und ethnische Minderheiten sowie weiteren Ministerien diskutiert wird. Es ist begrüßenswert, daß der ungarische Ministerpräsident Antall vor Einbringung des Regierungsentwurfes ins ungarische Parlament Ende Mai persönlich mit dem „runden Tisch“ der Minderheiten den Regierungsentwurf beraten wird und zu diesen Beratungen auch die Botschaften der Mutterstaaten der in Ungarn lebenden Minderheiten hinzuziehen will.

Die rund 200 000 in Ungarn lebenden Deutschen sind fest entschlossen, in ihrer angestammten Heimat zu verbleiben. Sie

drängen jedoch gegenüber Ungarn um entschiedeneres Handeln, was die Bewahrung ihrer Identität und Muttersprache anbelangt. Hierzu ist ein umfassendes Konzept erforderlich, das auf der Grundlage des kürzlich abgeschlossenen deutsch-ungarischen Vertrages zwischen den Ungarndeutschen, den verantwortlichen Stellen in Ungarn und den verantwortlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland alsbald ausgearbeitet werden sollte. Dieses Konzept muß dem Ziel dienen, vor allem der jungen Generation der Ungarndeutschen einen Zugang zu ihrer kulturellen und geschichtlichen Identität sowie zur deutschen Muttersprache zu ermöglichen. Den Ungarndeutschen muß bei ihrem Ringen um ihre Identität geholfen werden.

Otto Regenspurger, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und **Hartmut Koschyk**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Der kürzlich unterzeichnete deutsch-ungarische Vertrag spricht sich für eine zukunftsweisende Zusammenarbeit Deutschlands und Ungarns in Fragen des Minderheitenschutzes aus. Diese Zusammenarbeit sollte jetzt im Hinblick auf die baldige Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention erfolgen, das den Schutz und die angemessene Förderung von Minderheiten und Volksgruppen zum Inhalt hat. Deutschland und Ungarn als Mitglieder des Europarates sollten besondere Anstrengungen unternehmen, Widerstände bei den Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten des Europarates gegen ein solches Minderheitenschutzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention zu überwinden. ■

Finland, Österreich und Schweden bis 1995 in die Gemeinschaft

Zur Debatte über die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft erklärten Elmar Brok MdEP, Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Außenpolitik, und Bernhard Sälzer MdEP, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Europapolitik und stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion:

Die EG-Kommission und der Europäische Rat müssen auf dem Gipfel im Juni in Lissabon die Weichen stellen, daß spätestens Anfang 1993 die EG-Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Österreich und Schweden beginnen können.

Mit der Ratifizierung und auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht sind die Voraussetzungen für eine derartige Verhandlungsrunde gegeben. Zudem sind durch den Vertrag über den europäischen Wirtschaftsraum bereits ca. zwei Drittel der für den Beitritt zu regelnden Fragen einvernehmlich geregelt. Hinzu kommt, daß Schweden und Finnland mit ihren positiven Aussagen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik Zweifel, die wegen ihrer bisherigen Neutralität bestanden, ausgeräumt haben.

Norwegen und die Schweiz können in dieser Beitrittsrunde nur dabei sein, wenn sie bis zum Herbst dieses Jahres einen Antrag stellen. Ansonsten müssen sie bis zu den Verhandlungen über eine Osterweiterung, die etwa 1998 beginnen könnte, warten. Vorstellungen in der EG-Kommission, das Warten auf diese Staaten als Verzögerungsinstrument für den Verhandlungsbeginn mit Finnland, Österreich und Schweden zu benutzen, sind abzulehnen.

Die Verhandlungen müssen bis Ende 1993 abgeschlossen werden, damit die Ratifikation im Europäischen Parlament, in den nationalen Parlamenten, damit die Verfassungsänderungen in den Beitrittsländern bis 1994 erfolgen können. Als Beitrittstermin ist der 1. Januar 1995 anzustreben.

Es ist im Interesse der EG und Deutschlands, daß diese politisch stabilen und ökonomisch entwickelten Staaten schnell integriert werden, damit die Gemeinschaft die Herausforderung der Vertiefung und Erweiterung mit Blick auf Mittel- und Osteuropa bewältigen kann.

„Der Bund“: Mit Mut und Ehrlichkeit

„Der Bund“ in Bern nennt die jüngste Entscheidung der Schweizer Regierung für EG-Beitrittsverhandlungen einen mutigen und ehrlichen Schritt:

„Allein das angeschlagene Tempo zeigt, wie untrennbar heute die inneren Angelegenheiten der Schweiz mit

der Entwicklung in Europa verzahnt sind. Mit ihrer Entscheidung zieht die Landesregierung die Konsequenz aus der Einsicht, daß unser Land in der freiwilligen Isolation keine Zukunft mehr hat. In dieser Lage hat sie sich an ihre Führungsverantwortung erinnert.“

10-Punkte-Programm zur Inneren Sicherheit in Europa

Anlässlich einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema: „Organisiertes Verbrechen in Deutschland — Probleme der Kriminalitätsbekämpfung vor dem Hintergrund des vereinten Europas“ am 16. Mai 1992 in Werder (Brandenburg) hat der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Johannes Gerster ein „10-Punkte-Programm zur inneren Sicherheit in Europa“ vorgestellt:

Die Europäische Gemeinschaft muß auf ihrem Weg zur politischen Union zu einer Sicherheitsgemeinschaft zusammenwachsen.

Gemeinschaftsweit versuchen das organisierte Verbrechen, der Terrorismus und der illegale Drogenhandel die offenen Grenzen in Europa und die Entfaltungsmöglichkeiten des Europäischen Binnenmarktes für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Gemeinschaftsweit müssen daher auch Recht und Freiheit der Bürger Europas und ihre freien Entfaltungsmöglichkeiten, ihre Menschenwürde und Wohlfahrt geschützt werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat auf der Konferenz in Maastricht im Februar die Gründung eines „Europäischen Polizeiamtes (EUROPOL) zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität“ (Titel VI, Art. K. 1 des Vertrages über die Europäische Union (Maastricht) beschlossen. Der Aufbau von EUROPOL und des parallel zu errichtenden Sicherheitsinformationssystems (SIS) müssen nun unverzüglich in Angriff genommen werden. Dabei bedarf

es klarer Aufgaben und Zuständigkeitszuweisungen:

1 EUROPOL muß die Bekämpfung der europaweit agierenden Organisationen in dem Bereich der internationalen Kriminalität, des illegalen Drogenhandels und der speziellen Delikte zum Nachteil der EG (wie z. B. Subventionsschwindel, Umweltdelikte u. a.) als originäre Aufgabe übertragen werden.

2 Es ist eine Integration der verschiedenen internationalen Informations- und Datenverarbeitungssysteme (einschließlich des SIS) unter Beteiligung von

Nur durch Bündelung der nationalen Programme zur Verbrechensbekämpfung kann es auf Dauer gelingen, das organisierte Verbrechen zurückzudrängen

EUROPOL zu einem Verbundsystem anzustreben.

3 Zu den zentralen Aufgaben von EUROPOL müssen gehören die erforderliche Intelligence-Arbeit, Koordinierung von Ermittlungen, Beratung und Unterstützung der nationalen Polizeien,

4 ferner eine Zuständigkeit kraft Auftrages bei Ermittlungen in den Bereichen der Rauschgiftdelikte (siehe Beschlüsse von Maastricht) und der organisierten Kriminalität.

5 Mit einer Übertragung von Ermittlungstätigkeiten auf EUROPOL sind gleichzeitig dementsprechende Exekutivbefugnisse zu übertragen.

Ausschreibung für „Senioren-Büros“

Ab sofort können bis zum 30. Juni beim Bundesministerium für Familie und Senioren Anträge für eine modellhafte Förderung von „Senioren-Büros“ gestellt werden. „Senioren-Büros“ sollten Anlaufstellen für ältere Menschen sein, die gerne im Ruhestand weiterhin aktiv sein möchten. Die Büros können dabei vielfältige Aufgaben wahrnehmen, so zum Beispiel:

- ältere Menschen, die ein Tätigkeitsfeld suchen, über die verschiedenen Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements in der Region informieren
- Senioren an Träger vermitteln, die ehrenamtliche Mitarbeiter benötigen
- beim Aufbau von Selbsthilfeinitiativen beraten.

„Wir wollen Wege eröffnen, wie Senioren durch aktives Tun neue Kontakte und neuen Lebenssinn finden

können“, erklärte die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, anlässlich der Ausschreibung: „Mit dem Modellprogramm Senioren-Büros setze ich voller Zuversicht auf die Kompetenz und die Initiative älterer Menschen.“

Als Träger eines „Senioren-Büros“ kommen in Frage: Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Seniorenorganisationen, freie Initiativen und Fachinstitute. Für das Modellprogramm wird gleichzeitig eine wissenschaftliche Begleitung ausgeschrieben. Die Antragsunterlagen zum Aufbau von „Senioren-Büros“ können angefordert werden beim:

**Bundesministerium für Familie
und Senioren
Referat 312
Postfach 12 06 09
5300 Bonn 1**

6 Für EUROPOL sollte als originäre Zuständigkeit die Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der EG festgelegt werden.

7 Unabhängig von der Aufgaben der Deliktsbekämpfung muß EUROPOL zur Leistung zentraler Serviceaufgaben zuständig sein, und zwar als Koordinations-, Ansprech- und Informationssammelstelle in den Bereichen der Kriminaltechnik, der Forschung, der gemeinschaftsweiten Aus- und Fortbildung und des Erkennungsdienstes.

8 EUROPOL sollte zur Erfüllung dieser Aufgaben als Zentralstelle mit eigenen, bei den nationalen Polizeibehörden anzusiedelnden Außenstellen eingesetzt werden.

9 EUROPOL muß einem Organ der Europäischen Gemeinschaft als Aufsichtsgremium unterstellt werden.

10 Die Grundsätze eines europäischen Sicherheitsprogrammes und des Aktionsbereiches von EUROPOL sind in den EG-Verträgen zu verankern.

Johannes Gerster: „Organisiertes Verbrechen und Drogensyndikate werden versuchen, aus den sich öffnenden Grenzen eines zusammenwachsenden Europas Kapital zu schlagen. Bevor es soweit kommt, muß gehandelt werden. Nur durch Vernetzung und Bündelung der nationalen Programme zur Verbrechensbekämpfung auf europäischer Ebene kann es auf Dauer gelingen, das organisierte Verbrechen zurückzudrängen.“

Junger Mittelstand in den neuen Ländern schafft Arbeitsplätze

Zur Entwicklung der Existenzgründungen in den neuen Bundesländern erklärte der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss: Was sich in der über 40jährigen Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland als gefestigte Erkenntnis gezeigt hat, bewahrheitet sich nun auch in den neuen Bundesländern:

Für eine positive Arbeitsplatzentwicklung sind mittelständische Betriebe unverzichtbar. In den alten Bundesländern stellt der Mittelstand 68 Prozent aller Arbeitsplätze und 84 Prozent aller Lehrstellen (Frühjahr 1990).

In den neuen Ländern muß eine mittelständische Wirtschaft im wesentlichen erst wieder neu aufgebaut werden. Um so erfreulicher ist die positive Entwicklung bei den Existenzgründungen in den neuen Bundesländern, wie sie aus einer soeben veröffentlichten Untersuchung der Deutschen Ausgleichsbank hervorgeht. Die Angaben beziehen sich auf die 1990 nach dem Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung geförderten Existenzgründer:

● **Hohe Bestandsfestigkeit.** Von 9.420

Gründern haben bis zum 15. 4. 1992 lediglich 17 wieder aufgegeben.

● **Beschäftigungsaufbau.** Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten in den neu gegründeten Betrieben erhöhte sich kontinuierlich von 5,3 (Anfang 1991) auf 7,0 (Ende 1991) bis wahrscheinlich 8,5 (Ende 1992).

Ende 1992 stellen damit die von der Deutschen Ausgleichsbank geförderten Existenzgründer in den neuen Bundesländern rund eine Million Arbeitsplätze.

● **Steigende Ausbildungsleistung.** Die Zahl der von den Gründern bereitgestellten Lehrstellen steigt im Durchschnitt von 0,4 (Ende 1991) auf 0,7 (Ende 1992).

Damit bieten die nach dem Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung geförderten Existenzgründer Ende d. J. mehr als 50.000 Lehrstellen an.

● **Umsatzwachstum.** Der Umsatz der neu gegründeten Unternehmen steigt von 1991 auf 1992 um 26 Prozent von 700.000 Mark auf 880.000 Mark.

Diese positive Entwicklung gibt allen Anlaß, mittelfristig die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern mit Zuversicht zu betrachten.

Cornelia Yzer zur Jugendstaatssekretärin berufen

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, hat die Berufung von Cornelia Yzer zur Staatssekretärin im Frauen- und Jugendministerium ausdrücklich begrüßt. Diese Personalentscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Frauen- und Jugendministerin Angela Merkel stelle eine Aufwertung der Arbeit der 25 Abgeordneten in der Jungen Gruppe im Bundestag dar und bedeute zusätzlichen Rückenwind auch für die Arbeit der Jungen Union Deutschlands.

Gespräch CDU – EKD

Das Bewußtsein für Gemeinwohl und Solidarität stärken

Unter der Leitung des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Prof. Dr. Klaus Engelhardt, trafen am 14. Mai 1992 in Bonn Vertreter des Präsidiums der CDU und des Rates der EKD zusammen.

Im Mittelpunkt des offenen und vertrauensvollen Meinungsaustausches standen Fragen des Verhältnisses von Kirche und Staat, der geistigen und geistlichen Situation in Deutschland, vor allem aber auch die wirtschaftliche und soziale Situation in den neuen Bundesländern. Das Gespräch war bestimmt vom Willen, bei der Bewältigung der aktuellen Probleme im Interesse der Menschen zusammenzuwirken.

Als wichtige gemeinsame Aufgabe wurde es angesehen, die Distanz vor allem bei vielen jungen Menschen gegenüber den großen Institutionen in unserem Staat zu überwinden. Dankbar wurde aber auch die Bereitschaft vieler Menschen anerkannt, in Kirche und Diakonie Dienst am

Mitmenschen zu leisten. Dieses Engagement solle weiter gefördert werden.

Über die Lösung der materiellen Probleme hinaus gelte es, jetzt im Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer vor allem das menschliche Miteinander zu fördern, das Bewußtsein für Gemeinwohl und Solidarität zu stärken und gewohntes Besitzstandsdenken zu überprüfen.

Gegen Arbeitslosigkeit

Besonderer Anstrengungen bedürfe es noch beim weiteren Aufbau des Sozialstaates, bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit, bei der Sicherung bei Pflegeberufstätigkeit und bei der Verbesserung der Wohnungssituation.

Trotz der aktuellen Probleme im geeinten Deutschland dürfen die gewachsene Verantwortung gegenüber den europäischen Nachbarn, die weltweite Verantwortung insbesondere für die Dritte Welt und die Schöpfung nicht vernachlässigt werden. Hoffnungen richten sich insbesondere auf ein Gelingen der Umweltkonferenz in Rio.

Aus der Arbeit im Bildungszentrum Schloß Eichholz

Trainings zur politischen Kommunikation

Termine in der zweiten Jahreshälfte:

● Kommunale Pressearbeit

10. 7.—12. 7. 1992 (VA Nr. 206)

23. 10.—25. 10. 1992 (VA Nr. 270)

13. 11.—15. 11. 1992 (VA Nr. 288)

● Öffentlichkeitsarbeit im kommunalen Bereich

11. 9.—13. 9. 1992 (VA Nr. 231)

25. 9.—27. 9. 1992 (VA Nr. 246)

Wohnungsbauerleichterungsgesetz muß zu einem Dauerrecht werden

Gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Städtebaurecht sieht der Bundesausschuß „Städte- und Wohnungsbau“ der CDU. Der Vorsitzende, Werner Dörflinger MdB, nannte am 13. Mai in Bonn folgende Ansatzpunkte für eine baldige Novellierung des Baugesetzbuches:

1 Das Wohnungsbauerleichterungsgesetz — ursprünglich begrenzt bis zum Jahre 1995 — ist angesichts der auf unabsehbare Zeit auf dem Wohnungsmarkt herrschenden Probleme in Dauerrecht zu überführen. Dies ist notwendig, um diese als wirksames Instrument kommunaler Bodenpolitik akzeptierte städtebauliche Entwicklungsmaßnahme auf breiter Front wirksam werden zu lassen.

2 Die permanent auftretenden Zielkonflikte zwischen Raumordnung, Landesplanung und Naturschutz einerseits sowie einer bedarfsgerechten Bauleitplanung andererseits sind zumindest temporär zugunsten des dringenden Wohnungsbedarfs zu klären. Dabei bleibt aber die schon nach dem Baugesetzbuch vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung als integrierter Bestandteil des Bauleitplanverfahrens und im Sinne des UVP-Gesetzes erhalten.

3 Die Träger öffentlicher Belange sowie die im Bauleitplanverfahren tätig werden den Mittelinstanzen sind insgesamt auf eine subsidiäre Rolle festzulegen. Dabei sollte geprüft werden, inwieweit das für Bebauungspläne vorgesehene Anzeigeverfahren weiter optimiert werden kann. Eventuell ist auch der generelle Verzicht auf das Anzeigeverfahren in Erwägung zu ziehen, nachdem die Gemeinden als Träger der Planung den Nachweis dafür

geführt haben, in eigener Souveränität zu einer sachgerechten Abwägung der unterschiedlichen Gesichtspunkte gelangen zu können. Um zukünftig die bisher aufgetretenen Konflikte zwischen den Absichten und Zielen des Bundesgesetzgebers und der Praxis von Landesbehörden zu vermeiden, sollten die Bauministerien der Länder frühzeitig in die Neuformulierung des Städtebaurechtes eingebunden werden.

4 Der Vorhaben- und Erschließungsplan als Instrument kommunaler Willensbildung für die gemeindliche Entwicklung

Handlungsbedarf des Gesetzgebers im Städtebaurecht

hat sich in den fünf neuen Bundesländern bereits bewährt, ist aber noch zu wenig bekannt. Es sollte deswegen erwogen werden, dieses Instrument auf das ganze Bundesgebiet zu erstrecken.

5 Wo die Rechtsprechung angesichts der wohnungsbaupolitischen Herausforderungen kontraproduktiv wirkt, sind klärende gesetzgeberische Schritte erforderlich. Das betrifft die Nichtanerkennung des Ausbaues von Dachgeschossen und Kellergeschossen ebenso wie städtebauliche Erschließungsverträge. Diese Verträge sind so zu gestalten, daß den Gemeinden in Partnerschaft mit bereitwilligen Investoren flexiblere Möglichkeiten zur Erschließung von Bauland eröffnet werden.

6 Es gilt zu überlegen, wie im Außenbereich und insbesondere unter dem Postulat der dynamischen Weiterentwicklung des ländlichen Raumes gesetzgeberische

Termine

- | | |
|--|---|
| <p>1. 6. <i>OMV Bund
Bundesvorstand, Bonn</i></p> <p>1.— <i>Deutscher Bundestag,</i></p> <p>7. 6. <i>Sitzungswoche</i></p> <p>1.— <i>UNO-Umweltgipfel,</i></p> <p>12. 6. <i>Rio de Janeiro</i></p> <p>3. 6. <i>Bundesfachausschuß Europa,
Bonn</i></p> <p>3. 6. <i>Bundesfachausschuß Innenpolitik</i></p> <p>4. 6. <i>Bundesfachausschuß Sicherheits-
politik</i></p> <p>4. 6. <i>Wirtschaftsrat der CDU
Bundesdelegiertenversammlung
(bis 16.30 Uhr); 17.30—20.00
Uhr: Symposium u. Parlamentarier-
abend, Bonn</i></p> <p>8.— <i>Europa-Parlament</i></p> <p>12. 6. <i>Sitzungswoche</i></p> <p>9. 6. <i>Bundesfachausschuß Kulturpolitik</i></p> <p>10. 6. <i>Senioren-Union
Osteuropa-Konferenz, Bonn</i></p> <p>10. 6. <i>CDU — Bund
Konrad-Adenauer-Haus-</i></p> | <p><i>Gespräch zur „Aufarbeitung des
kommunistischen Unrechts in Ost-
europa“, Bonn</i></p> <p>11. 6. <i>Bundesfachausschuß Sport, Bonn</i></p> <p>11.— <i>CDA</i></p> <p>12. 6. <i>Bundessozialsekretärskonferenz,
Königswinter</i></p> <p>12. 6. <i>CDU — Bund
Grundsatzprogrammkommission :
„Vereinbarkeit von Familie und
Beruf“ Kongreß</i></p> <p>12.— <i>CDU Niedersachsen</i></p> <p>13. 6. <i>Landesparteitag, Wolfsburg</i></p> <p>13. 6. <i>LV Rheinland-Pfalz
Europa-Kongreß, Worms</i></p> <p>13. 6. <i>Frauen-Union
Ratssitzung der Europa-Sektion
der Frauen der CDU/CSU, Bonn</i></p> <p>13.— <i>Junge Union Bund</i></p> <p>14. 6. <i>Fachkongreß „Sekten“, Hamburg</i></p> <p>15. 6. <i>CDU-Bundesausschuß
Sitzung, Bonn</i></p> <p>15.— <i>Deutscher Bundestag,</i></p> <p>17. 6. <i>Sitzungswoche</i></p> |
|--|---|

Klarstellungen und eventuell weitere Erleichterungen vorgesehen werden können.

Überzeugende Antwort gefragt

Nach Ansicht des CDU-Bundesfachausschusses sollte mit einer baldigen Novellierung des Städtebaurechtes auch das Ziel verfolgt werden, den Stellenwert des Bauens in den kommunalen Aktivitäten aufzuwerten, die Kooperation zwischen den Bürgern und der Gemeinde zu vertiefen, eine überzeugende Antwort auf die völlig veränderte Lage in der Wohnungsverorgung zu geben und klarzumachen, daß angesichts steigender Bedürfnisse und einer seit Jahren anhaltenden

Zuwanderung neuer Mitbürger der Wohnungsbau auf viele Jahre eine herausragende politische Aufgabe bleibt.

Grundsätzlich offen zeigte sich der Ausschuß auch gegenüber Überlegungen, durch das Einführen eines „zonierte Satzungsrechtes“ für mehr Mobilität auf dem Baulandmarkt zu sorgen. Dabei denkt man weniger an eine Neuauflage der Anfang der 60er Jahre kurzfristig eingeführten Grundsteuer (Baulandsteuer), als mehr daran, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, in Gebieten mit besonderem Nachfragedruck durch eine eigens dafür festgesetzte Grundsteuer bei unbauten, baureifen Grundstücken das Herbeiführen von erschlossenem Bauland zu erschweren.

Landesparteitag in Bremerhaven:

Die Aufbruchstimmung hält an

Bernd Neumann bleibt Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesforschungsministerium und medienpolitische Sprecher der CDU Deutschlands wurde beim ordentlichen Landesparteitag am 16. Mai in Bremerhaven mit großer Mehrheit bestätigt.

Neu wurde Ulrich Nölle, CDU-Spitzenkandidat im zurückliegenden Landtagswahlkampf 1991, als stellvertretender Vorsitzender in die Parteispitze berufen. Nölle löst den früheren Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Reinhard Metz, ab, der für dieses Amt nicht wieder kandidierte und zum Landesausschußvorsitzenden avanciert.

Wiedergewählt wurden die bisherigen Neumann-Stellvertreter Elisabeth Motschmann und Michael Teiser. Landesschatzmeister bleibt Dr. Wolfgang Schrörs. Weiter gehören 19 Beisitzer dem Landesvorstand an.

„Wir waren die einzigen, die im Vergleich zu den Ländern der alten Bundesrepublik deutlich dazugewonnen haben“, erinnerte Bernd Neumann, mittlerweile seit 1979 Bremer CDU-Landesvorsitzender, an das Ergebnis seiner Partei bei der Landtagswahl vom vergangenen Herbst. Die Bremer CDU befinde sich eindeutig im Aufwärtstrend.

Die Mitgliederzahl steige kontinuierlich. Zudem verfüge der Landesverband mit 35,7 Prozent über den höchsten Frauenanteil innerhalb der Union. Auch in puncto Altersstruktur setze die Partei über die Grenzen der Hansestadt hinaus Akzente. Vier Abgeordnete der CDU-Bürgerschaftsfraktion seien unter 30

Jahre alt und bildeten innerhalb der Fraktion die „Junge Gruppe“.

Bundespolitisch sprach sich der 50jährige Bernd Neumann für die Fortsetzung der „Bonner Koalition“ von CDU, CSU und FDP aus. Zu Bundeskanzler Helmut Kohl und der jetzigen Regierung gebe es keine ernsthafte Alternative.

Zur aktuellen Lage in dem am höchsten verschuldeten Bundesland Bremen erklärte der CDU-Landeschef: „Es geht nicht darum, ob der Ampel-Senat aus SPD, FDP und Grünen in Bremen überlebt, sondern darum, ob Bremen den Ampel-Senat überlebt.“ Die amtierende Ampel-Koalition sei gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit zustande gekommen und erweise sich nach wenigen Monaten als „Bündnis der gegenseitigen Blockade“.

Die Zweckehe von SPD, FDP und Grünen sei in allen wesentlichen und die Zukunft Bremens direkt betreffenden Fragen handlungsunfähig.

Diese Aussage bekräftigte der neue stellvertretende CDU-Vorsitzende Ulrich Nölle in seinem Referat „Bremen — Bilanz und Perspektiven“. Die Verschuldung des 650.000-Einwohner-Staates sei auf rund 16 Milliarden angestiegen.

„Wenn ich an die SPD denke, fällt mir nur noch der Konkurs ein“, so der Parteivize. Die CDU brauche der SPD bei der nächsten Wahl nur noch vier Prozent abzunehmen und sei dann stärkste Partei. Dieses müsse das Ziel sein.

Als Eckpfeiler des CDU-Sanierungskonzeptes stellte er eine konsequente Sparpolitik heraus. Gleichzeitig müsse eine zielgerichtete Wirtschaftspolitik betrieben

Verantwortungsbewußte Entwicklungshilfe im Rahmen einer europäischen Asylpolitik

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Generalsekretär Peter Hintze, konnte über 220 Teilnehmer auf dem

4. Deutschland-Forum des EAK am 16. Mai in Frankfurt zum Thema „Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“ begrüßen. In seiner Eröffnungsrede plädierte er für eine verantwortungsbewußte Entwicklungshilfe dort, wo die Menschen zu Hause sind, was nur dann gelingen könne, „wenn die wohlhabenden Staaten in der Welt gemeinsame Verantwortung übernehmen“.

Als eine Gefahr für den sozialen Frieden bezeichnete der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die Zunahme der weltweiten Wanderungsbewegungen. Man müsse daher nicht nur den Mißbrauch des Asylrechts vermindern, sondern auch die Ursachen der Fluchtbewegung in Osteuropa und in der Dritten Welt bekämpfen.

werden, um durch den Ampel-Senat blockierte und für die Zukunft Bremens wichtige Projekte auf den Weg zu bringen. Dies gelte gerade mit Blick auf die Herausforderung „Europäischer Binnenmarkt“.

Einstimmig verabschiedete der Landestag einen Antrag zum Thema „Asyl“. Darin fordert die CDU Bremen, Asylbewerber, welche aus Ländern kommen, in denen erkennbar keine politische, religiöse oder ethnische Verfolgung stattfindet, bereits an den Grenzen abzuweisen.

In den anschließenden Gesprächsrunden, die von Dr. Rolf Kiefer (WDR) geleitet wurden, diskutierten Vertreter von Politik, Kirche und Entwicklungshilfe verschiedene Maßnahmen, die Herkunftsländer der Asylbewerber stärker zu unterstützen und damit die Ursachen der Fluchtbewegungen zu bekämpfen.

Volkmar Köhler: „Wir müssen auch endlich die Konsequenzen ziehen aus der Erkenntnis, daß es mit der Entwicklungshilfe als Dauersubvention allein nicht gelingt, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.“

Den Abschluß der Veranstaltung bildete der Beitrag von Bundesminister Carl-Dieter Spranger, der Ansätze und politische Lösungsvorschläge aus Sicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzeigte.

Redebeiträge des 4. Deutschland-Forums erhalten Sie beim Evangelischen Arbeitskreis, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, (02 28) 5 44-3 05

Für die Einführung einer Pflegeversicherung durch ein Umlageverfahren im Rahmen der Sozialversicherung sprachen sich die 205 Delegierten bei einigen Gegenstimmen aus. Abgelehnt wurde die Einführung von Karenztagen im Krankheitsfall.

Gefordert wurde zudem eine nationale Lösung bei der Entsorgung von Giftmüll. Die mögliche „Entlastung“ durch Giftmüllexporte in Drittländer, in denen die ordnungsgemäße und umweltschonende Behandlung nicht ausreichend überwacht werden könne, wurde strikt abgelehnt.

Unsere Sympathiewerbemittel für Ihre Europa-Aktionen

Broschüre: Europa von A-Z

Bestell-Nr.: 5514
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je Verpackungseinheit: 24, — DM.

Bestellungen bitte an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
Fax (05423) 41521
Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Das neue Europa- Aktionszeichen als Aufkleber

Bestell-Nr.: 9480
Verpackungseinheit: 100 St.
Preis je Einheit: 12,- DM. ▼

EUROPA
VON
A BIS Z

CDU

Die deutsche Europa-Partei



▲ **CDU-Schlüsselanhänger**
Bestell-Nr.: 9455
Verpackungseinh.: 25 Stück
Preis je Einheit: 26,25 DM.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Unser schönes Deutschland



Chancen wie nie

Kennen Sie Güstrow? Wer Güstrow noch im sozialistischen Einheitsgrau in Erinnerung hat, kann nur staunen, was hier in kurzer Zeit geschaffen wurde.

Überall in den neuen Ländern gibt es solche Zeichen des Aufschwungs. Sie sind Ergebnisse des Fleißes, harter Arbeit und des Aufbauswillens der Bürger - aber auch der Solidarität der Menschen im Westen.

Wenn wir jetzt zusammenhalten und den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen, werden wir eine bessere Zukunft und Chancen wie nie für die Menschen überall in Deutschland schaffen.

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

17/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** wv Verlagsgesellschaft, Düsseldorf.